



Presseinformation

Wien, am Dienstag, 23. Juli 2013

Sperrfrist: Mittwoch, 24. Juli 2013, 11:00 Uhr

Prognose der Österreichischen Wirtschaft 2013-2017

Attraktivität des Wirtschaftsstandorts sichern

Die „große Rezession“ und die Krise im Euroraum prägten die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen fünf Jahre. Das Institut geht aber davon aus, dass die erfolgten und geplanten Strukturanpassungen dazu führen, dass die Wirtschaft des Euroraums im nächsten Jahr wieder auf einen verhaltenen Wachstumskurs einschwenkt. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut für den Zeitraum 2013 bis 2017 ein durchschnittliches Wachstum der österreichischen Volkswirtschaft von 1.7 %. Dies führt zu einer Stabilisierung am Arbeitsmarkt. Mit 7.2 % am Ende des Prognosezeitraums ist die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition zwar niedriger als heute, bleibt aber auf einem historisch hohen Niveau. Das Ziel eines annähernd ausgeglichenen öffentlichen Haushalts bis zum Jahr 2016 und damit ein langsamer Rückgang der Staatsschuldenquote sind bei strikter Budgetdisziplin erreichbar.

Der Euroraum befindet sich weiterhin in einer hartnäckigen Rezessionsphase. Es finden sich aber Hinweise, etwa die Stabilisierung der Stimmungsindikatoren sowie die Lage auf den Finanzmärkten, die auf eine Konjunkturerholung hindeuten. Das Institut geht davon aus, dass die bisher erfolgten und geplante weitere Strukturanpassungen dazu beitragen, dass sich der bereits begonnene langsame Abbau der Ungleichgewichte im Euroraum fortsetzt und mit den Reformen die europäische Banken- und Staatsschuldenkrise gemeistert wird. Ab nächstem Jahr sollte daher die Wirtschaft des Euroraums wieder auf einen, allerdings sehr verhaltenen, Wachstumskurs einschwenken. Die Verbesserung des internationalen Umfeldes schlägt auf die österreichische Volkswirtschaft durch. In den Jahren 2013 bis 2017 wird das reale Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 1.7 % pro Jahr wachsen. Diese mittelfristige Vorausschau übernimmt die Werte der kurzfristigen IHS-Prognose vom Juni für die Jahre 2013 und 2014 und erweitert den Prognosehorizont bis 2017. Ausgehend von 0.6 % und 1.8 % in den Jahren 2013 und 2014 erwartet das Institut für den restlichen Prognosezeitraum Wachstumsraten von rund 2 %, wobei der Konjunkturrückgang im Jahr 2015 erreicht werden dürfte. Insgesamt fällt das Wachstum damit um einen Prozentpunkt kräftiger als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre aus, die durch die „große Rezession“ und die Strukturkrise im Euroraum geprägt waren. Damit wird die Wirtschaftsleistung in Österreich auch im Prognosezeitraum wieder deutlich schneller als im Euroraum (0.7 %) zulegen.

Als Teil der mittelfristigen Prognose schätzt das Institut das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft. Dabei handelt es sich um die bei Normalauslastung der Kapazitäten erreichbare Produktion, die mit den Einsatzfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt möglich ist. Im Zuge der „großen Rezession“ hat sich die Expansion der Produktionsmöglichkeiten abgeschwächt und 2012 nach Einschätzung des Instituts 1.3 % betragen. Im Verlauf des Prognosezeitraums sollte das Wachstum des Produktionspotenzials wieder ansteigen und im Jahr 2017 1.8 % erreichen. Ausgehend von einer annähernden Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten im Jahr 2012 ergibt sich aufgrund der vorübergehenden Konjunkturschwäche zunächst eine negative Produktionslücke, die sich bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder schließt.

Die Konjunktur in den Industrieländern sollte sich im Prognosezeitraum stabilisieren. Aufgrund des notwendigen Abbaus der privaten und öffentlichen Verschuldung fällt der Aufschwung aber vergleichsweise verhalten aus. Dies entspricht den Erfahrungen früherer Finanzkrisen. Für die USA wird mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2.5 % gerechnet. Im Euroraum wird hingegen nur ein durchschnittliches Wachstum von 1.0 % erwartet. Die Dynamik in den Schwellenländern wird vergleichsweise hoch bleiben (China 7.7 %). Das Institut geht von einem durchschnittlichen Rohölpreis von 110 US-Dollar je Barrel aus. Hinsichtlich des Euro/Dollar-Wechselkurses wird ein Wert von 1.30 unterstellt.

Mit der Länge des Prognosezeitraums steigen die Prognoseunsicherheiten. Das größte Risiko bleibt weiterhin die Staatsschulden- und Finanzkrise im Euroraum. Zwar haben die Risiken im Vergleich zum Vorjahr abgenommen, eine längere Stagnation der Wirtschaft des Euroraums erscheint aber durchaus möglich. Neue Anspannungen auf den Finanzmärkten sowie von der schwachen Wirtschaftslage ausgelöste Probleme im Bankenbereich könnten die Wirtschaftserholung deutlich verzögern, wozu eine schwächere Binnennachfrage aufgrund weiter steigender Arbeitslosigkeit beitragen könnte. Problematisch ist auch die hohe Staatsverschuldung in den USA und in Japan. Ein Ausbleiben der Budgetkonsolidierung und die damit verbundene höhere Schuldenquote könnte die Wachstumsrate des Produktionspotenzials in diesen Volkswirtschaften verringern. Die Inflationsrisiken, die von den geldpolitischen Maßnahmen der Zentralbanken ausgehen, werden hingegen als gering eingeschätzt. Es bestehen aber auch Aufwärtsrisiken. Eine Verbesserung des Unternehmer- und Konsumentenvertrauens angesichts der bisher erzielten und weiter fortschreitenden Anpassungsschritte im Euroraum könnte die wettbewerbsfähige österreichische Wirtschaft über den Nachfragekanal stimulieren.

Der reale private Konsum in Österreich übt traditionellerweise eine stabilisierende Wirkung auf die Konjunktur aus. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut eine durchschnittliche Wachstumsrate von 0.9 %. Die Entwicklung der Realeinkommen erlaubt den privaten Haushalten nur eine verhaltene Erhöhung der historisch niedrigen Sparquote. Ausgehend von 7.7 % im Vorjahr wird die Sparquote bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 8.6 % ansteigen.

Die Investitionen hängen neben den Kapitalkosten von Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und erwarteter Nachfrage ab. Im Einklang mit den generellen Wirtschaftsaussichten bleibt die Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum verhalten. Die Bruttoanlageinvestitionen werden pro Jahr um durchschnittlich 2.1 % zulegen. Dabei ziehen die Ausrüstungsinvestitionen mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2.4 % etwas stärker als die Bauinvestitionen an. Diese werden um 1.8 % ausgeweitet, wobei die öffentliche Bautätigkeit schwach bleibt.

In den vergangenen fünf Jahren drückte die weltweite Wirtschaftskrise auf die österreichische Außenwirtschaft. Mit der Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen beleben sich die österreichischen Exportmärkte wieder. Die realen Exporte im weiteren Sinn laut VGR werden im Prognosezeitraum um durchschnittlich 4.9 % zulegen, wobei die Warenexporte um 5.3 % steigen. Aufgrund der stärkeren Handelsdynamik und der kräftigeren Binnennachfrage zieht auch die Importtätigkeit an. Für die realen Importe im weiteren Sinne laut VGR wird eine durchschnittliche Wachstumsrate von 4.4 % erwartet, die Warenimporte wachsen dabei um 4.5 %. Damit geht vom Außenhandel im Prognosezeitraum ein markanter positiver Wachstumsbeitrag aus.

Mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 2.0 % erwartet das Institut eine moderate Teuerung im Prognosezeitraum. Dabei wird unterstellt, dass von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen keine signifikanten preistreibenden Impulse ausgehen. Auch von der Entwicklung der heimischen Lohnstückkosten ist nur ein mäßiger Preisdruck zu erwarten.

Die schwache Konjunktur drückt in den ersten beiden Prognosejahren auf den heimischen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition steigt bis auf 7.5 %. Im weiteren Verlauf expandiert die Volkswirtschaft zwar wieder und die Beschäftigung wächst über den gesamten Prognosezeitraum gesehen um durchschnittlich 0.8 %. Aufgrund des steigenden Arbeitskräfteangebots und des vergleichsweise moderaten Wirtschaftswachstums fällt die Arbeitslosenquote allerdings kaum und beträgt am Ende des Prognosezeitraums 7.2 %. Für die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat-Definition impliziert das einen Wert von 4.7 %.

Das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung sieht für das Jahr 2016 einen weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt vor. Dieses Ziel sollte mit der nötigen Budgetdisziplin und eventuell erforderlichen Nachbesserungen erreichbar sein. Die Rückführung des gesamtstaatlichen Haushaltdefizits ist wichtig, um das Vertrauen internationaler Investoren aufrecht zu halten und auch zukünftig für im internationalen Vergleich günstige Refinanzierungskonditionen zu sorgen. Darüber hinaus ist eine nachhaltige Rückführung der Staatsschulden unerlässlich. Dies erfordert die zügige Umsetzung von Reformen im Bereich der Verwaltung und im Gesundheitswesen sowie eine anreizfreundlichere Gestaltung der Beziehungen der öffentlichen Gebietskörperschaften untereinander. Dadurch können Effizienzpotenziale im öffentlichen Sektor gehoben werden. Für eine nachhaltige Sicherung der Pensionen sind weitere Anstrengungen zur Erhöhung des effektiven Pensionsalters essentiell. Aus mittel- bis längerfristiger Sicht ist es unumgänglich, finanzpolitischen Spielraum zu schaffen, um die steuerliche Belastung des Faktors Arbeit zu senken, die Finanzierung von Ausgaben für Bildung, Forschung

und Technologie sicherzustellen und damit Wachstumsaussichten und Standortqualität Österreichs zu erhalten.

In einem Spezialkapitel der Prognose wird auf die makroökonomischen und wirtschaftspolitischen Fortschritte im Euroraum eingegangen. Die Krise hat deutlich gemacht, dass flexiblere Arbeits- und Produktmärkte sowie eine strikt produktivitätsorientierte Lohnpolitik in allen Mitgliedsländern erforderlich sind, um den Wegfall der Wechselkurse zu ersetzen und Handelsungleichgewichte zu beseitigen. Seit Ausbruch der Krise haben die Länder, die in finanzielle Probleme geraten und internationale Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hatten, erhebliche Fortschritte hin zu tragfähigen Staatsfinanzen, einem stabileren Bankensektor und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft erzielt. Allerdings unterscheiden sie sich beträchtlich hinsichtlich des Tempos der Anpassungen und der bereits erzielten Erfolge. Alles in allem verlaufen die Anpassungsprozesse in den Krisenländern zäh und dürften noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Die bereits erreichten Anpassungen stellen zwar Schritte in die richtige Richtung dar. Die Verwundbarkeit bei erneuten Krisen bleibt aber hoch. Der weitere Erfolg der Reformen hängt davon ab, ob es gelingt, die mit enormen sozialen Kosten verbundenen Anstrengungen aufrecht zu erhalten. Dies dürfte politisch nur dann durchsetzbar sein, wenn sich die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bald verbessern.

Rückfragehinweis:

Institut für Höhere Studien (IHS), Stumpergasse 56, 1060 Wien,
Fax: 01/59991-162, <http://www.ihs.ac.at>, ZVR-Zahl: 066207973

Univ.-Prof. Dr. Christian Keuschnigg, keuschnigg@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-125
Dr. Helmut Hofer, hofer@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-251
Tanja Gewis (Public Relations), gewis@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-122

Wichtige Prognoseergebnisse

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2003-2007	2008-2012	2013-2017
Bruttoinlandsprodukt, real	2.6	0.6	1.7
Privater Konsum, real	1.6	1.0	0.9
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	3.5	-0.5	2.1
Bruttoanlageinvestitionen, real	2.0	0.2	2.1
Ausrustungsinvestitionen, real	2.8	1.7	2.4
Bauinvestitionen, real	1.3	-1.1	1.8
Inlandsnachfrage, real	2.2	0.6	1.1
Exporte i.w.S., real	7.1	0.2	4.9
Waren, real (laut VGR)	7.4	0.0	5.3
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1.0	-0.1	1.3
Importe i.w.S., real	6.6	0.2	4.4
Waren, real (laut VGR)	7.2	0.1	4.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-0.6	-2.4	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.1	1.0	0.8
Arbeitslosenquote: Nationale Definition *)	6.9	6.8	7.4
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition *)	4.7	4.3	4.8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.4	2.2	2.6
Preisindex des BIP	1.8	1.7	1.8
Verbraucherpreisindex	1.9	2.2	2.0
3-Monats-Euribor *)	2.8	1.7	0.9
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen *)	3.9	3.4	2.9

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

*) absolute Werte

Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2008–2012	2013–2017
Welthandel	2.0	5.2
BIP, real		
Deutschland	0.7	1.5
Italien	-1.4	0.5
Frankreich	0.1	1.2
Vereinigtes Königreich	-0.6	1.7
Schweiz	1.2	2.0
USA	0.6	2.5
Japan	-0.2	1.3
China	9.3	7.7
Polen	3.4	2.5
Slowakei	2.0	2.7
Tschechien	0.3	2.1
Ungarn	-1.0	1.3
Slowenien	-1.1	0.8
Bulgarien	0.7	2.7
Rumänien	0.4	2.6
Kroatien	-1.9	1.5
Russland	1.8	3.6
Euroraum	-0.2	1.0
NMS-11*)	1.4	2.3
EU-27	-0.2	1.2
OECD	0.5	2.1
Österreichische Exportmärkte	2.0	4.6
USD/EUR Wechselkurs**)	1.37	1.30
Erdölpreis (Brent)**)***)	92.6	110.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen.

*) NMS-11: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen, Kroatien

***) absolute Werte

***) USD/barrel